

Rede vom 26. November 2004, Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie es sich für eine Schlussdebatte gebührt, geht mein **Dank** als Erstes an diejenigen, mit denen man zusammengearbeitet hat. Neben den Kollegen – es ist ein wirklich kollegiales Verhältnis, auch wenn man sich in der Sache streitet – gebührt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn wir morgens um 2.45 Uhr aufhören, arbeiten sie noch weiter. Das zeigt Leistungsbereitschaft und Leistungswillen, den wir alle angesichts der Haushaltslage brauchen und haben sollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über einen Haushalt reden, dürfen wir nicht vergessen, warum er so wichtig ist. Wenn man mit Bürgern spricht – das wissen wir alle –, bekommt man oft zu hören, dass man über den Haushalt nichts hören wolle, weil das eine trockene Materie sei. Das stimmt aber nicht; denn jeder Haushaltsentwurf ist immer ein Zukunftsentwurf unseres Landes. Er ist zwar auf ein Jahr begrenzt. Er zeigt aber, wohin es in Zukunft in unserem Land geht und – das ist unser aktuelles Hauptproblem – wie die heutigen Generationen auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Hier liegt unsere Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin im Jahr 1965 geboren. Damals habe ich von den vorangegangenen Generationen 45 Milliarden Euro **Schulden** übernommen. Jetzt, im Jahr 2004, ist allein die Neuverschuldung des Bundes genauso hoch wie die Gesamtverschuldung in meinem Geburtsjahr. Wir haben 865 Milliarden Euro Schulden. Kaum jemand weiß, wie viele Nullen diese Zahl hat.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wie viel hat die FDP mit zu vertreten?)

– Herr Schmidt, kommen Sie mir nicht mit der berühmten Frage, wer daran schuld ist und wer nicht.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wer ohne Schuld in diesem Hause ist, der werfe den ersten Stein. Wir alle haben Verantwortung.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das haben wir Ihnen immer gesagt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, deutlich: Es geht nicht darum, ständig den Schuldigen zu suchen, sondern darum, unsere Probleme zu lösen. Daran muss man den Haushalt messen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Endeffekt kommen Sie bei der Problemlösung nicht voran. Ich gestehe Ihnen als Allererstes ein: Mit **Hartz IV** sind Sie auf dem richtigen Weg und haben Sie hoffentlich ein Problem – zumindest teilweise – gelöst. Wir haben dabei mitgemacht. Aber wie viel Blut und Tränen Sie das gekostet hat, wissen wir noch ganz genau. Hartz IV allein reicht allerdings nicht. Die Probleme der Rentenversicherung und der Pflegeversicherung haben Sie nicht gelöst. Ich nenne in diesem Zusammenhang immer gerne die Künstlersozialkasse als Beispiel. Selbst in diesem kleinen Bereich haben Sie die Probleme noch nicht gelöst.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Beratungen darüber, wie man die Haushaltsprobleme lösen kann, laufen immer ritualisiert ab. Die eine Seite macht Vorschläge und die andere Seite sagt: Unsozial, das geht nicht! Dann macht die andere Seite Vorschläge und die eine Seite sagt: Auf gar keinen Fall! Das könnt ihr nicht machen. – Wie sieht die Kompromisslösung aus? Man erhöht die Ausgaben und zahlt später. Wir sagen aber nicht: Hier gibt es Probleme, die gelöst werden müssen. – So wie bisher geht es nicht weiter! Die Bürger sind schon viel weiter und wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Die Bürger sind zu viel mehr bereit, als Sie von der Koalition sich gegenwärtig trauen.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Nehmen wir als Beispiel die Vorschläge der CDU/CSU zu einer **Gesundheitsreform**. Herr Merz hat natürlich Recht: Die FDP wird dafür sorgen, dass diese Vorschläge nicht umgesetzt werden. Immerhin legt die CDU/CSU etwas Konkretes vor. Aber Sie sagen dazu nur: Das alles ist schlecht und schlimm. Ihr Modell einer so genannten Bürgerversicherung, die zu einer erneuten Steuererhöhung führen wird, ist nicht durchgerechnet. Sie haben dazu bislang nichts Konkretes vorgelegt. Mit dieser Versicherung werden sich keine Probleme im Gesundheitswesen lösen lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zu unseren **Sparvorschlägen** möchte ich an die Adresse der CDU/CSU ebenfalls deutlich sagen: Mich hat in Kopie ein Brief von einem CDU/CSU-Haushälter, geschrieben an einen unserer Fraktionsvorsitzenden im Landtag, erreicht. Dieser Kollege schreibt – seinen Namen möchte ich nicht nennen, weil ich das für unfair hielte –, es sei ganz schlimm; seine Partei, die FDP, habe es im Bundestag glatt gewagt, bei einer Ausgabe, die die neuen Bundesländer betreffe, 20 Prozent einzusparen. Man sei sich doch sicherlich darüber einig, dass so etwas nicht gehe. In der Schule hätten wir gesagt, dass er eine kleine Petze ist. Aber es ist das typische Spiel: Obwohl man behauptet, man wolle sparen, versucht man hintenherum, wieder alles zu verhindern, und beklagt sich, alles sei ganz schlimm. So kann es nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Manfred Carstens [Emstek] [CDU/CSU])

Zum Thema Ost-West. Ich sage als klassischer Wessi doch auch nicht: „Um Gottes willen, ihr müsst die Subventionen für die Steinkohle erhalten!“, obwohl es sich um eine Westsubvention handelt. Ost gegen West oder Jung gegen Alt auszuspielen, das alles funktioniert nicht.

Wir müssen den Mut zur Lösung dieser Probleme haben. Mit Verlaub, das kann ich bei diesem Haushalt noch nicht erkennen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Bundestagsfraktion hat – das können Sie einer Opposition mit Sicherheit nicht vorwerfen – alles versucht. Wir haben Gesetzentwürfe vorgelegt, zum Beispiel das Subventionsbegrenzungsgesetz – abgelehnt! Wir haben den Vorschlag gemacht, die Stabilitätskriterien in die Verfassung aufzunehmen – abgelehnt! Ich weiß, dass Minister Eichel das, was er in der Föderalismuskommission einbringen wird, bei uns abgeschrieben hat. Ich hoffe, dass er damit auch Erfolg hat.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die von uns eingebrachten Vorlagen abgelehnt und das werden wir Ihnen auch in den kommenden Wochen immer wieder vorhalten. Wir haben damit etwas gemacht, was Sie in Ihrer Oppositionszeit nie gemacht haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie bis 1998 100

Einsparvorschläge gemacht haben. Sie haben damals eher Erhöhungsvorschläge gemacht, und zwar nach dem Ritual „Überall ein bisschen mehr“.

Meine Fraktion – das gilt auch für die der CDU/ CSU – stellt sich der Kritik des Bürgers, der Unternehmen und all derjenigen, die hier Geld empfangen. Wir sagen: Ja, wir haben das gemacht; aber wir haben es bei allen gemacht. Nur so werden wir unseren Haushalt auf Dauer auf gesunde Beine stellen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heute Morgen haben wir einen **Geschäftsordnungsantrag** gestellt. Dazu kann man sagen, das sei ein Ritual. Aber wir würden unsere Aufgabe als Opposition nicht wahrnehmen, wenn wir nicht auch diesen letzten Versuch machten, Ihnen die Möglichkeit zu geben, das klarzustellen. Sie hatten diese Möglichkeit. Sie konnten sagen: Es stimmt; da ist irgendetwas noch nicht in Ordnung; wir können das noch nicht; das ist uns zu risikoreich.

Im Übrigen war bisher doch keiner von Ihnen bereit, zu sagen: Es bleibt bei der Neuverschuldung, so wie sie im Etat vorgesehen ist; vielleicht steigt sie minimal an. Keiner von Ihnen wird bereit sein, sich hierhin zu stellen und zu sagen: Wenn wir uns höher verschulden, dann passiert dieses oder jenes. Das werden Sie nicht tun, weil Sie es nicht können.

Wir haben uns dann an den **Bundesrechnungshof** gewandt. Mir ist völlig egal, welcher Partei sein Präsident angehört. Der Bundesrechnungshof ist wie ein Gericht eine unabhängige Instanz, die uns allen hilft.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Sie die vereinnahmen, das ist schon ziemlich bedenklich!)

Zu sagen, dass man auf seine Hinweise keine Rücksicht nimmt, halte ich für falsch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da das alles nicht geholfen hat, da Sie immer Nein gesagt haben, bleibt uns nichts anderes übrig, als den letzten Schritt zu tun und zum **Bundesverfassungsgericht** zu gehen. Herr Poß, Sie haben es früher doch selber gemacht: Als Sie noch in der Opposition waren, sind Sie doch ebenfalls zum Bundesverfassungsgericht gegangen, weil Sie der Auffassung waren, dass der Haushalt unverantwortlich ist. Als Sie dann selbst in der Verantwortung waren, haben Sie die Klage zurückgezogen.

Ich sage Ihnen von dieser Stelle aus – das wird dokumentiert –: Wenn wir im Jahre 2006 die Regierung mit übernehmen werden, dann werde ich mich immer und stetig dagegen aussprechen, dass wir unsere Klage zurücknehmen. Ich möchte, dass es in diesem Land endlich eine klare Regelung gibt, die verhindert, dass wir alle auf Kosten zukünftiger Generationen leben.

Die Risiken im Haushalt sind hoch. Das **Zinsrisiko** ist riesig. Wenn sich Herr Eichel anschaut, was im Moment auf der Ebene der Zinsen passiert, dann erkennt er, welche riesigen Gefahren, die von Amerika kommen und sich auf die Europäische Zentralbank auswirken, uns noch drohen.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Fricke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hajduk?

Otto Fricke (FDP):

Eine Zwischenfrage der Kollegin Hajduk gestatte ich gerne.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Fricke, der Redner kann die Beantwortung einer Frage immer dazu nutzen, sich selbst geschickt darzustellen. Trotzdem frage ich Sie ganz ernsthaft – Sie haben gerade gesagt, es gebe im Haushalt ein hohes Zinsrisiko –: Können Sie mir einmal erklären, warum Sie die Anträge Ihrer Fraktion und die der CDU/CSU, dieses Zinsrisiko zu erhöhen, indem unsere Zinsansätze gesenkt werden, für sinnvoll halten?

Otto Fricke (FDP):

Frau Kollegin Hajduk, diese Anträge der CDU/CSU halte ich nicht für sinnvoll. Sie wissen, dass wir den Antrag der CDU/CSU abgelehnt haben. Unser Antrag bewegt sich im Rahmen dessen, was uns in den Berichterstattergesprächen darüber gesagt wurde, wie Zinseinsparungen möglich sind.

(Joachim Poß [SPD]: Dann arbeitet die Opposition ja gar nicht zusammen an dieser Stelle!)

Frau Kollegin Hajduk, ich bestreite doch gar nicht, dass es ein Risiko gibt. Ich bestreite ebenfalls nicht, dass möglicherweise auch wir einmal Fehler machen. Ich bestreite allerdings, dass Sie versuchen, den Haushalt auf gesunde Beine zu stellen. Wir dagegen unternehmen diesen Versuch.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Fricke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kampeter?

Otto Fricke (FDP):

Auch gerne.

(Walter Schöler [SPD]: Nicht mehr ganz so gern!)

Steffen Kampeter (CDU/CSU):

Herr Kollege Fricke, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kollegin Hajduk offenbar nicht weiß, dass die Zinszahlungen für das kommende Jahr wegen der abgeschlossenen Verträge bereits feststehen? Das heißt, dass es erst ab dem folgenden Haushaltsjahr ein Zinsrisiko gibt. Sie haben das künftige Zinsrisiko offenbar völlig zutreffend beschrieben, während die Kollegin Hajduk die Anträge für das Haushaltsjahr 2005 hier in Unkenntnis der Schuldenaufnahmepolitik des Bundes kritisiert hat.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Kampeter, manchmal passiert auch einer fleißigen Haushälterin der Grünen solch ein kleiner Lapsus. Aber auch wir wissen ja: Das passiert uns allen einmal. Ich bin mir sicher, dass die Kollegin Hajduk das mittlerweile verstanden hat. Im nächsten Berichterstattergespräch oder wenn wir uns über die Kreditfinanzierung unterhalten, dann werden wir bestimmt noch einmal ordentlich diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Fricke, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Otto Fricke (FDP):

Herr Präsident, ich gestatte sie gern. Die Leute scheinen ja so begeistert zu sein, dass sie mehr von mir hören wollen.

Präsident Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Kollege Schöler.

Walter Schöler (SPD):

Kollege Fricke, wären Sie bereit, dem Vorsitzenden des Gremiums zur Kreditfinanzierung des Bundes, dem Kollegen Kampeter, mitzuteilen, dass nicht sämtliche Zinsleistungen im Jahr 2005 feststehen, sondern dass der Bund im Laufe eines Jahres aus seiner Kreditverpflichtung um die 200 Milliarden Euro, manchmal etwas mehr, umschuldet, wobei immer neue Zinssätze auszuhandeln sind, die dann auch schon für das laufende Jahr Anwendung finden?

Otto Fricke (FDP):

Der Kollege Kampeter

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was meinen Sie denn nun? Besteht ein Zinsrisiko oder nicht?)

hat, wie ich aus dem Augenwinkel gesehen habe, sehr aufmerksam zugehört und stellenweise auch genickt. Herr Kollege Schöler, ich glaube, wir können uns auf Folgendes einigen: Es besteht ein Zinsrisiko. Wir kennen es nicht genau.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das war jetzt aber etwas anders als vorher!)

Es nützt uns wenig, hier zu überlegen, wie hoch es ist. Unser Antrag bezog sich auf einen kleinen Prozentsatz der Gesamtzinsausgaben. Er war vorsichtig.

(Walter Schöler [SPD]: Die haben 2 Milliarden beantragt!)

– Mit Verlaub, ich habe schon gesagt: Dem CDU/CSU-Antrag haben wir nicht zugestimmt. Herr Kollege Schöler, Sie wollen aber doch nicht bestreiten, dass nicht nur Minister Eichel, sondern wir alle vor dem Risiko stehen, dass die amerikanische Notenbank die Zinsen erhöht und die Europäische Zentralbank im Geleitzug folgt, was dann entsprechende Auswirkungen hat. Auch der Bundeskanzler hat etwas zu bestimmten Risiken im Zusammenhang mit Währungsrelationen gesagt. Das wirkt im Zweifel jedenfalls eher gegen uns.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das war ein typisches FDP-„Sowohl als auch“! – Zuruf von der FDP: Deshalb haben wir unseren Vorschlag gemacht!)

– Ja.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Wir alle haben langfristig Verantwortung. Wir können nicht immer nur schauen, wie wir es bis 2006 hinbekommen, sondern wir müssen über einen Zeitraum von 30 Jahren, den Zeitraum einer Generation, denken. Wir tun es aber nicht. Es geht nicht darum, ob man mit 40 Jahren im Zweifel irgendeinen kleinen politischen Erfolg hat, sondern es muss uns allen doch darum gehen, ob wir mit 70 Jahren in die Augen unserer Kinder und Enkel schauen können, wenn wir ihnen sagen: Das hinterlassen wir euch. Damit könnt ihr das noch gute Niveau unseres Landes erhalten. Die Schulden sind nicht so hoch, dass ihr damit auf das Ende unseres Staates als eines prosperierenden demokratischen Staates zugeht.

Eines noch zum Schluss: Machen Sie beim Haushalt bitte nicht so weiter! Tun Sie nicht so, als würden Sie schwimmen, obwohl Sie in Wirklichkeit schon tauchen, ohne zu merken, dass Ihnen die Luft ausgeht!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lothar Mark [SPD]: Wie ist das in den schwarz-gelben Ländern?)